

Bahnsysteme, 1020 Wien, Praterstern 3 / 2.OG

Per Email: tarife@e-control.at

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

ÖBB-Infrastruktur AG

Dipl.-Ing. Christian Sagmeister
Geschäftsbereichsleiter Bahnsysteme
Tel.: +43(0)1-93000-51501
christian.sagmeister@oebb.at

Datum 09.11.2017

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-V 2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens der ÖBB-Infrastruktur AG (nachfolgend kurz „Infra AG“) bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-V 2018) und ersuchen um Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

1. Bahnstromnetz der Infra AG als Garant eines sicheren und zuverlässigen Bahnbetriebs

Die Infra AG betreibt ein zweiphasiges zentrales Bahnstromnetz mit einer Spannung von 110 kV und 55 kV. An dieses Bahnstromnetz, welches mit der bahnspezifischen Frequenz von 16,7 Hz betrieben wird, sind zur Energieaufbringung Kraftwerke der Infra AG, Kraftwerke von Energieunternehmen und Frequenzumformer angeschlossen. Die Bahnstromversorgung stellt ein in sich geschlossenes System (eine Regelzone) dar. Die Schnittstellen zum öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystem werden durch Frequenzumformer hergestellt. Aus Sicht des öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystems ist die Infra AG Verbraucher mit angeschlossener regelfähiger Eigenerzeugung, die unter anderem für die sicherere Bahnstromversorgung aufgrund der hohen Lastdynamik im Bahnstromsystem benötigt wird. Die Infra AG hat das Potenzial, mit ihrem eigenen Bahnstromnetz das öffentliche Elektrizitätssystem in kritischen Situationen zu entlasten. Die Wasserkraftwerke der Infra AG tragen zudem zur Einsparung von rund 3,0 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr in Österreich bei.

Der Schienenverkehr ist wesentlich energieeffizienter als der Straßenverkehr – mit den ÖBB ist man 14-mal klimafreundlicher unterwegs als mit einem durchschnittlichen PKW, jede Tonne Fracht auf der Schiene verursacht etwa 15-mal weniger Treibhausgasemissionen als der Transport mit einem durchschnittlichen LKW. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist daher ein zentrales Anliegen der österreichischen Verkehrspolitik und eine der Säulen für die Entwicklung des nachhaltigen Verkehrswesens. In Verwirklichung dieser Ziele, stellt die Infra AG die Bahnstromversorgung allen Eisenbahnverkehrsunternehmen diskriminierungsfrei zur Verfügung.

SNE-V2018_STN_ÖBB_InfrastrukturAG_20171107
Klassifizierungsstufe: ÖBB-Infrastruktur/ (extern)

ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft, FN 71396 w, HG Wien, DVR 0063533, UID ATU 16210507,
Firmensitz: A-1020 Wien, Praterstern 3
UniCredit Bank Austria AG, IBAN: AT44 1100 0002 6281 8800, BIC: BKAUATWW

2. Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-V 2018)

a. Benachteiligung des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene

Durch die beabsichtigte Anhebung der Netzentgelte durch die SNE-V 2018 speziell in den Netzebenen 1 bis 3 kommt es im Bereich der Bahnstromversorgung – 50-Hz-Bezug der Frequenzumformer – zu einer Erhöhung der Netzkosten um ca. 45%. Bei der Versorgung von Bestandsnehmern auf Bahnhöfen (z.B. Dienstleistungs- und Nahversorgungsgeschäfte) verursachen die in der Systemnutzungsentgelt-Verordnung enthaltenen Entgelte insgesamt eine Aufwandssteigerung um etwa 7%, wobei insbesondere auf Netzebene 5 die Netzentgelte um etwa 12% steigen.

In weiterer Folge würde die Erhöhung der Netzentgelte im 50-Hz-Netz höhere Kosten für die Infra AG bedeuten, welche an die Kunden der Infra AG – insbesondere alle Eisenbahnverkehrsunternehmen – weiterverrechnet werden müssten. Dies würde in der Folge auch zu einer Verteuerung in Millionenhöhe und damit zur eklatanten Benachteiligung des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene im Vergleich zum Straßenverkehr und sohin zu höheren Schadstoff- und CO₂-Emissionen führen.

b. Nachvollziehbare und verursachergerechte Netzentgelte

Die Energie-Control Austria legt großen Wert auf leistbare, planbare und verständliche Netzentgelte unter Berücksichtigung von Verursachergerechtigkeit und Energieeffizienz (Bezug: im Positionspapier zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich – „Tarife 2.0“ – im April 2017).

Für die Infra AG ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Erhöhung im beabsichtigten Ausmaß erfolgen soll, zumal bis dato keine transparenten Nachweise für die tatsächlichen Mehrkosten im 50-Hz-Netz vorliegen.

Die Infra AG spricht sich daher gegen die beabsichtigte Erhöhung der Entgelte im beanschlagten Ausmaß aus, da es sich folglich negativ auf den Eisenbahnbetrieb und die Emissionssituation in Österreich auswirken würde. Es wird zudem in Frage gestellt, ob es sich bei der gewählten Lösung um eine verhältnismäßige und sohin um die volkswirtschaftlich beste Maßnahme und das gelindeste Mittel handelt. Insbesondere wäre hier bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung neben der Geeignetheit der Maßnahme auch deren tatsächliche Erforderlichkeit und deren Angemessenheit nochmals ausführlich für die Betroffenen zu prüfen und darzulegen. Beispielsweise wäre die Infra AG bereit und technisch in der Lage, einen Beitrag zur Entschärfung der Engpasssituation zu leisten, um die Kosten der Kunden (der Infra AG) zu senken.

c. Verhältnismäßigkeit der Kostenzuordnung

Die Infra AG sieht sich insbesondere in Tirol gegenüber anderen Abnehmern benachteiligt, da sie in Tirol einen Frequenzumformer (Ötztal) betreibt, der dem Netzbereich Österreich zugeordnet ist und somit im Gegensatz zu anderen Abnehmern, die in Tirol an die Netzebene 1 angeschlossen sind, von der Netzentgelterhöhung betroffen ist.

Die Ebenen 6 und 7 ändern sich nur geringfügig, während die Netznutzungsentgelte der Ebenen 1 und 2 sich je nach Komponente um bis zu 190% erhöhen.

Aus diesem Grund fordert die Infra AG, dass die noch nachzuweisenden Mehrkosten des Engpassmanagements auf alle Netzbereiche und Netzebenen in Österreich gleichermaßen aufgeteilt werden.

d. Fristgerechte Veröffentlichung

Darüberhinaus stellt auch die kurze Frist von der Veröffentlichung des Entwurfs (30.10.2017) bis zur Inkraftsetzung der gegenständlichen Verordnung (01.01.2018) eine unangemessene, weil viel zu kurze, Übergangsfrist dar und kann bzw. konnte daher diese Entgelterhöhung nicht zeitgerecht in die Geschäftsplanung der Infra AG einfließen.

Die Infra AG ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Bahnstrom-Netzentgelte den Eisenbahnverkehrsunternehmen über ein Jahr im Voraus bekannt zu geben und veröffentlicht diese in den Schienennetznutzungsbedingungen, welche unter der Kontrolle der Schienen-Controll-Kommission (SCK) stehen, spätestens im Dezember jeden Jahres. Die Anpassung der entsprechenden Tarife wird dann allerdings nicht im nächsten (ab Jänner des darauffolgenden Jahres) sondern erst ab Jänner des übernächsten Jahres wirksam.

Sofern die vorgesehenen, zu kurzen Fristen der Umsetzung der SNE-V 2018 beschlossen und verlautbart werden, würde der Infra AG voraussichtlich ein erheblicher Schaden entstehen, weshalb sich die Infra AG vehement gegen die obige zu kurze Übergangsfrist verwehrt.

3. Zusammenfassung

Aus all diesen Gründen ist aus Sicht der Infra AG die Erhöhung der Netzentgelte für 2018, insbesondere auf den Netzebenen 1 und 2, jedoch ebenso auf den Netzebenen 3 bis 5 und in der beabsichtigten Höhe aus derzeitiger Sicht nicht nachvollziehbar bzw. gerechtfertigt und spricht sich die Infra AG entschieden gegen die Erhöhung im beabsichtigten Ausmaß aus. Darüberhinaus wird dringend empfohlen, die Frist zur Erhöhung zumindest um 1 Jahr aus obigen Gründen zu erstrecken.

Mit freundlichen Grüßen
Für die ÖBB-Infrastruktur AG



Dipl.-Ing. Christian Sagmeister